

SVPnews



Stromfresser-Gesetz zerstört Perspektiven und bezahlbaren Wohnraum



Das Stromfresser-Gesetz zerstört unsere Energiesicherheit!

Zu teuer und zu extrem: Das Stromfresser-Gesetz von Mitte-Links ist eine Katastrophe für die Schweizer Energieversorgung, für die Wirtschaft, für unsere schöne Natur und für jeden einzelnen von uns. Es verschärft den Strommangel massiv. Die Kosten explodieren. Dies gelte es mit einem Nein am 18. Juni zu verhindern, sagt SVP-Präsident Marco Chiesa an der Medienkonferenz des breit aufgestellten Nein-Komitees.

Das Stromfresser-Gesetz zerstört die Träume junger Familien und bedroht unsere Zukunft. Aktuelle Umfragen enthüllen, dass gerade junge Menschen eine sichere und erschwingliche Stromversorgung bevorzugen und jegliche Verbote von Technologien ablehnen. Für sie ist es von grosser Bedeutung, eine realistische Chance auf ein bezahlbares Eigenheim oder eine preiswerte Mietwohnung zu haben. Doch das verheerende Stromfresser-Gesetz durchkreuzt skrupellos all diese Pläne.

Das Stromfresser-Gesetz bedroht die jungen Menschen auf vielfältige Weise. Insbesondere ihre Perspektiven und Träume sind in ernstlicher Gefahr. Das faktische Verbot von Öl- und Gasheizungen würde enorme Investitionen erfordern. Funktionsfähige Heizsysteme müssten herausgerissen und weggeworfen werden. Wohn- und Hauseigentümer wären gezwungen, teure Solarpaneele zu installieren und umfassende, energetische Sanierungen vorzunehmen, einschliesslich neuer Dachaufbauten, Fassadendämmungen und

Fensterersatz. Eine durchschnittliche energetische Sanierung kostet rund 250'000 Franken. Die Preise für Wohneigentum würden in die Höhe schnellen, wodurch der Erwerb eines erschwinglichen Eigenheims für junge Familien zu einem unerreichbaren Traum wird.

Doch das ist nicht alles. Viele Mieterinnen und Mieter können sich bereits jetzt die enorm hohen Mieten und steigenden Nebenkosten kaum noch leisten. Die teuren Gebäudesanierungen, die durch das Stromfresser-Gesetz vorgeschrieben sind, würden die Grundmieten weiter erhöhen. Für normal verdienende Mieterinnen und Mieter bedeutet dies, dass sie fast ausschliesslich dafür arbeiten müssen, um ihre Wohnung bezahlen zu können. Zahlreiche Menschen würden den Zugang zu bisher preiswerten Mietwohnungen verlieren.

Aus diesen Gründen ist es von grosser Bedeutung, dass wir am 18. Juni ein klares Nein zu diesem Stromfresser-Gesetz, das sich auch als Geldfresser-Gesetz erweist, aussprechen.

LIEBE LESERINNEN UND LESER

Wir dürfen in der Energieversorgung keine gefährlichen Experimente wagen, denn die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Strom und Energie ist zentral fürs Funktionieren einer Gesellschaft. 60 % des Schweizer Energieverbrauchs werden aus fossilen Energieträgern gedeckt und bereits heute haben wir zu wenig Strom. Mit dem Stromfresser-Gesetz müssten wir diese Energieträger ersetzen, ohne dass unser Wohlstand darunter leidet – wie soll dies funktionieren? Es gibt hierzu kein plausibles Szenario. Deshalb **NEIN** zu dieser Zwängerei und **NEIN** zu diesem Gesetz, das zum Verbot von Benzin, Diesel und Heizöl führt und das den Strom für uns alle verteuert!

Ihre Unterstützung ist von entscheidender Bedeutung, um die Schweiz vor dieser Bedrohung zu bewahren. Informieren Sie sich, beteiligen Sie sich an den Diskussionen und tragen Sie Ihre **NEIN**-Stimme am 18. Juni zum Schutz unserer Heimat bei.

Angela Lüthold-Sidler,
Präsidentin SVP Kanton Luzern



WICHTIGE TERMINE IM JUNI

- 09.** Nominationsversammlung Wahlkreis Entlebuch
- 14.** Kantonale Fraktionssitzung
- 18.** Eidg. und Kantonale Abstimmung
- 21.** Sessionsrückblick mit Franz Grüter
- 27.** Referat: Die Werte der Schweiz, Messe Luzern



(v.l.n.r.): Armin Hartmann (SVP), Reto Wyss (Mitte), Fabian Peter (FDP), Michaela Tschuur (Mitte), Ylfete Fanaj (SP).

Aktuelles aus dem Kanton Luzern Luzerns Departementsverteilung sorgt für überraschende Wendungen

Die Luzerner Bevölkerung hat eine neue Regierung gewählt. In der Folge wurden die Departemente für die Legislaturperiode von 2023 bis 2027 neu zugeteilt. Dabei gab es überraschende Entscheidungen, die von den vorherigen Erwartungen abweichen.

Gemäss Bekanntgabe des Kantons Luzern, hat die neu gewählte Regierung ab dem 1. Juli die Ressorts wie folgt aufgeteilt:

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartemente, BUWD

Fabian Peter (FDP), Stellvertretung: Reto Wyss

Gesundheits- und Sozialdepartement, GSD

Michaela Tschuur (Mitte), Stellvertretung: Armin Hartmann

Bildungs- und Kulturdepartement, BKD

Armin Hartmann (SVP), Stellvertretung: Fabian Peter

Justiz- und Sicherheitsdepartement, JSD

Ylfete Fanaj (SP), Stellvertretung: Michaela Tschuur

Finanzdepartement, FD

Reto Wyss (Mitte), Stellvertretung: Ylfete Fanaj

Isabelle Kunz-Schwegler ist die neue Trienger Gemeindepräsidentin

Am 14. Mai 2023 hat Isabelle Kunz-Schwegler nicht nur die Wahl in den Kantonsrat geschafft – als Nachrückerin für den in den Regierungsrat gewählten Armin Hartmann – sondern auch das Gemeindepräsidium von Triengen errungen.



André Wyss ist der neue Wikoner Gemeindepräsident

André Wyss ist in stiller Wahl als Gemeindepräsident für den Rest der Amtsdauer 2020 bis 2024 gewählt worden, teilt die Gemeinde Wikon mit.



Gisela Müller-Frischknecht ist die neue Gemeinderätin von Altbüren

Der Altbürer Gemeinderat ist wieder komplett: SVP-Mitglied Gisela Müller-Frischknecht schaffte die Stille Wahl. Sie wurde von einer Einwohnergruppe portiert. Sie wird im Rat das Ressort Finanzen übernehmen.

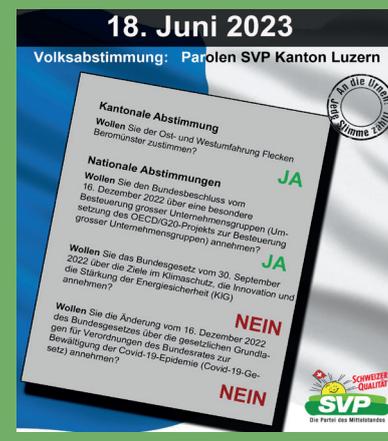


Markus Schumacher übergibt das Präsidium an Alexandra Granja

Markus Schumacher, der im Mai 2021 zum Präsidenten der SVP Emmen gewählt wurde, gibt aufgrund seines Umzugs nach Hildisrieden bereits nach zwei Jahren sein Amt ab. Bei der Generalversammlung wurde einstimmig Alexandra Granja als seine Nachfolgerin in den Vorstand gewählt, wie von der Ortspartei bekannt gegeben wurde. In Ihrer Antrittsrede würdigte die neue Präsidentin die Arbeit Ihres Vorgängers.

René Marti wurde ebenfalls einstimmig in den Vorstand gewählt und übernimmt das Amt des Vizepräsidenten von Reto Bieri. Allerdings wird Bieri dem Vorstand noch mindestens ein Jahr lang erhalten bleiben. «Wir freuen uns sehr, gemeinsam mit

den beiden in die Zukunft zu gehen und die bevorstehenden politischen Herausforderungen anzugehen», wurde Markus Schumacher in der Mitteilung zitiert.



IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint regelmässig und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden. Zudem soll auch den Ortsparteien eine Plattform für ihre politische Arbeit geboten werden. Bei Interesse kontaktieren Sie das Sekretariat der SVP Kanton Luzern: sekretariat@svplu.ch

Redaktion: SVP Kanton Luzern

Grafik: b2000 AG

Redaktionsverantwortung:

Parteilung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch